

# Dresdener Volkszeitung

Geschäftskonto: Selbst.  
Ruben & Komp., Nr. 20818.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:  
Gebr. Kraußold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Porto monatlich 1.00 M. Durch  
den Post bezogen vierteljährlich 3.00 M., unter 1. Jahrgang für Deutschland  
und Österreich-Ungarn 3.00 M.  
Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25281.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25201.  
Verlagszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Inseratenpreis: die 7 gesaltene Komparatzeile 50 Pf., darauf 40 Prozent  
Zerlegungszuschlag, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. (ohne Zuschlag).  
Interesse sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vom  
gelieferten Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefkastenbelegung 20 Pf.

Nr. 138.

Dresden, Donnerstag den 19. Juni 1919.

30. Jahrg.

## Eine agrarische Herausforderung.

Von H. Schmidt.

Auf der letzten Tagung des Bundes der Landwirte wurde bereits vielfach mit der Drohung, daß die Landwirte sich die weitere Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft nicht mehr gefallen lassen und zur Selbsthilfe greifen würden, gespielt. Die Deutsche Tageszeitung und andre agrarische Interessenblätter haben in der Zwischenzeit weiter diesen Gedanken eifrig ausgeföhnt und offen oder versteckt von einem Streik der Landwirte gesprochen. Diese Kampfanzeige hat dem Brandenburgischen Landbund, an dessen Spitze sich einige extrem-agrarische Wortführer gesetzt haben, den Anreiz gegeben, namentlich mit der Drohung zur Tat überzugehen. Sie wandten sich zunächst mit einem Ultimatum an das Reichsernährungsministerium, in dem in scharfer Weise verlangt wurde, daß man sich bis zum 10. Juni darüber zu erklären habe, ob höchstens am 1. August die Zwangswirtschaft aufgehoben werde und weiter mindestens die Viehpreise um 100 Prozent erhöht würden.

Ueber die Antwort, die der Herr im Reichsernährungsministerium bei dem mündlichen Vortrag ihrer Wünsche zuweilen wurde, hat man sich reichlich viel ausgefragt und in der agrarischen Presse einen lebhaften Entrüstungsrudel aufgezogen. Auch ein Teil der liberalen Presse hat mehr oder weniger ihrem Unmut über die angeblich scharfe Behandlung, die den Herren Agrariern zuteil wurde, Ausdruck gegeben. Das ist dieselbe Presse, die bei jeder Gelegenheit, wenn die Preise der Lebensmittel erhöht werden, nicht laut genug ihre Klage gegen das Reichsernährungsministerium erhebt, aber in vorliegendem Falle, wo ganz unerhört hohe Ansprüche gestellt werden, auf einmal die Berechtigung des Verlangens entdeckt.

Was gab Anlaß zu der scharfen Abweisung der Ansprüche der Herren vom Landbund? Zunächst die Form des Ultimatum's, das dahin lautete, bis zum 10. Juni habe sich der Reichsernährungsminister zu erklären, ob er die Forderungen des Landbundes erfüllt, und die weitere Androhung, die bei der persönlichen Aussprache hinzugefügt wurde, daß bei einer Ablehnung d. Forderung die Herren sich selbst von jeder Preisbeschränkung der Produkte und der Ablieferungsfrist befreien würden. Auf diese Androhung ist den Herren erklärt worden, daß es nicht nötig sei, bis zum 10. Juni auf die Antwort zu warten, sie könnten die Antwort sofort mitnehmen. Diese Antwort bestand in einer glatten Abgabe ihrer Forderung.

Eine Viehpreiserhöhung um 100 Prozent bedeutet eine Erhöhung des Fleischpreises in gleicher Höhe. Die Aushebung der Zwangswirtschaft am 1. August würde eine Preissteigerung aller notwendigen Lebensmittel um 200 bis 300 Prozent zur Folge haben. Daß bei einem solchen Anspruch jede Rücksicht auf das Gemeininteresse geschwunden ist, bedarf keiner Begründung, ganz davon abgesehen, welche Folgen eintreten müßten, wenn mit diesen Lebensmittelpreisen die Löhne in Einklang gebracht werden sollten. Gegenüber der Behauptung dieser Korporation d. Landbundes, daß bei der freien Wirtschaft die Preise sich in mäßigen Grenzen halten würden und eine hinreichende Versorgung nur auf diesem Wege möglich ist, ist den Herren von mir erklärt worden, daß ihr volkswirtschaftliches Verständnis hinsichtlich nur darauf gerichtet ist, der Landwirtschaft die Taschen zu füllen. Da nun die Herren mit ihrer Dummheit nicht allein paraderen wollten, haben sie die Antwort dahin eingemünzt, daß vom Reichsernährungsministerium der gesamten Landwirtschaft mangelhaftes volkswirtschaftliches Interesse nachgelagt wurde. Davon kann natürlich keine Rede sein, denn die Herren vom Landbund sind von mir nie als die Vertreter der gesamten Landwirtschaft eingeschätzt worden.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die erhöhten Produktionskosten zu einer weiteren Preiserhöhung der landwirtschaftlichen Produkte führen müssen. Aber diese Preisbemessung muß sich halten an den Nachweis der erhöhten Produktionskosten und nicht an eine Ausnutzung der freien Konjunktur der Landwirtschaft. Es ist zu verstehen, daß diese Preise einen starken Anreiz für die freie Wirtschaft bekommen, wenn sie sehen, daß gegenwärtig die Freizeitspreise im freien Verkehr bis auf 250 Mark gestiegen sind, und für Kinder, die als Nutzwieh in den Handel kommen, bis zu 4000 Mark bezahlt werden. Verständige Landwirte, die das Ungehörliche solcher Wirtschaft erkannt haben, läßt sich selbst das Ungehörliche dieser Wucherpreise; indes beim Brandenburgischen Landbund haben diese Preisbewegungen nur erneute Begehren ausgetriggert, die hier, sie auch bei andern Erzeugnissen der Landwirtschaft auf die gleiche Höhe zu treiben. Gegen die freie Wirtschaft muß das Interesse der Konsumenten geschützt werden. In welcher Weise übrigens die Forderung nach Preiserhöhung begründet wurde, dafür bietet die Deutsche Tageszeitung ein treffendes Beispiel, die fortsetzt darauf hinzuweisen, daß die ausländischen Lebensmittel im Preise um das Vielfache höher stehen, als die Preise, die der Landwirt für seine Produkte bekommt. Systematisch wird verschwiegen, daß allein durch die Valutadifferenz der Preis der ausländischen Lebensmittel um rund das Vierfache gesteigert wird. Würde man diese Differenz ertönnen, so müßte natürlich der Landwirt erkennen, daß einige Auslandsprodukte sogar im Preise mäßiger stehen als im Inlande. Aber man läßt dann

nicht zu der demagogischen Darstellung, die große Differenz in der Preisgestaltung zu benutzen zu dem „Nachweis“, daß der Landwirt um seinen gerechten Lohn gebracht werde.

Die Herren vom Brandenburgischen Landbund sind nun noch der im Reichsernährungsministerium erteilten Abfuhr dazu übergegangen, folgendes Zirkular in Umlauf zu setzen:

Wir unterzeichneten Landwirte der Gemeinde . . . im Organisationsbereich des „Wirtschaftsbundes der Landwirte des Kreises Landberg a. M.“ greifen, da wir auf die Eingabe obgenannten Landbundes an den Reichsernährungsminister ohne befriedigende Antwort geblieben sind, notgedrungen zur Selbsthilfe und werden von der in der Eingabe genannten Zeit an unsere Produkte im freien Handel und Verkehr verkaufen.

Auf diese Streifenandrohung sei den Herren folgendes gesagt: Es wird Veranlassung genommen werden, in den Bezirken, in denen die Landwirte sich dieser Bewegung anschließen, durch besondere Maßnahmen mit aller Schärfe den Schleichhandel aufzuheben, denn der freie Abfuhr der Produkte würde nur als eine Abgabe im Schleichhandel zu bewerten sein. Jeder Verkäufer macht sich strafbar, der diesen Weg für den Absatz seiner Produkte wählt. In irgendwelcher Schonung wird in diesem Falle kein Anlaß vorliegen. Außerdem aber wird in den Bezirken sofort durch entsprechende Kontrollkommissionen die vollständige Erfassung der noch vorhandenen Vorräte mit aller Rücksichtslosigkeit durchgeführt werden und den betreffenden Landwirten das Recht der Selbstversorgung entzogen werden. Sind diese Maßnahmen nötig, so werden sich die Landwirte bei ihrem andern zu bedanken haben, als bei den Wortführern ihrer Interessen, denen jedes Verständnis für das Gesamtinteresse des deutschen Volkes fehlt.

Wiederholt ist in der Nationalversammlung von mir erklärt worden, daß die Zwangswirtschaft nicht länger aufrecht erhalten werden solle, als unbedingt notwendig ist. Es sind bereits Forderungen in der Zwangswirtschaft eingetreten, die ziemlich weit gehen und die in ihrer Wirkung nicht ermutigen zu einem schnelleren Tempo der weiteren Auflassung. Es werden die Preise erhöht werden in dem Umfange berechtigter Ansprüche. Mit der Erhöhung der Viehpreise, die unmittelbar bevorsteht, wird aber zugleich ein Höchstpreis für Rindvieh und Ferkel eingeführt werden, damit dem Willen Treiben ein Ziel gesetzt wird. Aber mit aller Entschiedenheit muß es abgelehnt werden, törichte, vom einseitigen Interessenstandpunkt distillierte Forderungen als berechtigt zu erachten. Das Gebot der Herren wird mich nicht davon abhalten, das zu tun, was im Interesse der Allgemeinheit notwendig ist, ohne daß dabei begründete Ansprüche der Landwirtschaft verletzt werden.

## Zerreißung statt Einigung!

Der Parteivorstand sendet uns folgende Erklärung: Die Versuche, das feste Gefüge der Parteiorganisation zu zerreißen, werden neuerdings unter dem heuchlerischen Vorwande, die Einheitsfront des Proletariats herzustellen betrieben.

In Hamburg hat am 12. Juni eine Versammlung aller Betriebsräte, Vertrauensleute usw. aller Parteien beschlossen, eine geleinte sozialistische — nicht sozialdemokratische — Partei auf der Grundlage der Parteiorganisation zu gründen. Die Betriebsräte sollen die Parteimitglieder beiderseits sammeln und zunächst einheitlich Marken stechen. Eine Sonderkommission soll vorläufig die Geschäfte der neu getrennten Partei führen.

Es ist ein frivoles Spiel, das hier mit der Partei und den Arbeitern getrieben wird. Die Durchführung der beschlossenen Maßnahmen wäre geeignet, das Selbstbestimmungsrecht der in der Parteiorganisation zusammengeschlossenen Mitglieder, sowohl einzeln als auch korporativ, völlig aufzuheben. Jeder freie persönliche Entschluß wäre ausgeschlossen. Die Arbeiter in den Betrieben würden unter den unerträglichsten Druck terroristischer Minderheiten gestellt. Der heile Wahnsinn oder noch Schlimmeres spricht aus diesem Beschluß, die Lust an der Forderung jahrzehntelanger অপেক্ষা und ausdauernder Arbeit. Unter der Behauptung, ausdauernd und einigend wirken zu wollen, durch die Auflösung der Parteiorganisation in Atome, gibt man vor, zur Einheit kommen zu können.

Diesem Treiben müssen unsere Parteigenossen den heftigsten Widerspruch entgegensetzen. Es ist ein verbrecherischer Unfug, der hier betrieben werden soll. Man kann drei Parteien nicht einigen, indem man eine vierte gründet. Der Parteitag hat der Partei in bezug auf die Einigung klare Richtlinien gegeben. Wer sein Mitgliedsbuch aus der Hand gibt, wer duden, daß ein anderer es herausgibt, veründigt sich auf das Schwerte an der Partei. Die Arbeiter brauchen die Partei in den kommenden schweren Zeiten notwendiger denn je. Darum, Genossen, haltet fest an eurer Organisation!

## Unbefriedigende Zugeständnisse.

Wesmar, 18. Juni. Ueber die Grundzüge der gegnerischen Antwort ist folgendes zu bemerken: An dem Völkerverbundentwurf wird nicht geändert. Deutschland soll vor seiner Aufnahme in den Völkerverbund erst eine Art Probezeit durchmachen, und wenn es seine Vertragsstreue bewahrt und Gewähr für sein Verhalten gab, soll nicht mehr im Wege stehen, daß es in nicht allzuferner Zeit in den Völkerverbund aufgenommen wird. In bezug auf die territorialen Fragen wird nicht geändert an den Bestimmungen für Belgien, Luxemburg, das Saargebiet, Elbaf-Böhringen und Deutschösterreich. Bezüglich Westpreußen, Danzig und Ostpreußen wird nicht geändert. Aus die Garantien für den Eisenbahndurchgangsverkehr durch Westpreußen nach Ostpreußen wird nicht geändert. Eine Grenzkorrektur zugunsten Deutschlands ist insofern ausgeschlossen, als nicht mehr gewisse Teile Pommerns in das polnische Gebiet fallen sollen. Für Ober-Schlesien soll eine Volksabstimmung in einer später festzulegenden Zeit erfolgen. Was darin wird das Land von alliierten Truppen befreit werden. Falls die Abstimmung zugunsten Deutschlands ausfällt, sollen gewisse Garantien für den Bezug der ober-schlesischen Kohle geschaffen werden. In Schleswig ist auf Antrag von Dänemark die dritte, die förmliche, Abstimmungszone fallen gelassen worden. — In der Kolonialfrage wird jedes Entgegenkommen kategorisch abgelehnt. — In bezug auf den Außenhandel und die Schifffahrt sind keinerlei Konzessionen gemacht. Das gleiche gilt für die Grundlage unserer Schabenerlagsschiff. Nur wird in dem Memorandum zugestanden, daß Deutschland innerhalb vier Monaten nach Friedensschluß das Recht haben soll, feste Beschlüsse zu machen. Aber die alliierten Mächte können diese annehmen, ablehnen oder ändern. Eine neutrale Instanz über Streitpunkte wird dabei abgelehnt. Eine deutsche Kommission neben der Kommission des reparations wird zugelassen, jedoch die Verhandlungen mit der gegnerischen Kommission, aber hinsichtlich der Entschädigung hat allein die letztere zu fassen. Dagegen wird festgestellt, daß die Friedensbedingungen nicht eine unmittelbare Ingerenz der Kommission des reparations in die deutsche Verwaltung bedeuten. Jedoch kann die gegnerische Kommission unser Budget prüfen und Reichsausgaben streichen. Ausdrücklich wird erklärt, daß eine unmittelbare Einmischung in die Verhältnisse einzelner Fabriken nicht stattfinden soll. Unser ganze Heeresgerät und Flottenmaterial und unsere ganze Handelsflotte wird nicht angetastet. An den allgemeinen handelspolitischen Bestimmungen wird gleichfalls nichts geändert. Deutschland wird auch für den Fall seiner Aufnahme in den Völkerverbund die allgemeine Gleichberechtigung nicht zugestehen. Das Memorandum enthält lediglich programmatische Erklärungen, daß die alliierten Mächte in gegebener Zeit diese Fragen prüfen wollen. — Neu ist ein besonderer Vertragentwurf über die Befugung des Rheinischen Gebietes. Die Fristen der Befugung werden nicht geändert, sondern nur im einzelnen bestimmt, wie das Gebiet während der Befugung verwaltet werden soll. Eine Viermännerkommission, bestehend aus je einem Vertreter von Frankreich, Belgien, Großbritannien und den Vereinigten Staaten steht als Vertreter der gegnerischen Mächte gegenüber Deutschland an der Spitze der Zivilverwaltung. Sie hat gefestigte Gewalt nur für die Frage der Unterhaltung, Sicherheit und Bedürfnisse der Besatzungstruppen. Im übrigen liegt die ganze Zivilverwaltung bei den deutschen Behörden. Es bleiben auch die deutschen Gerichte. Die deutschen Behörden unterliegen auch der deutschen Zentralregierung. Die gegnerischen Besatzungstruppen behalten das Recht der unmittelbaren Requisition, und zwar nach den Grundzügen der Haager Landkriegsordnung.

Das Personal des Verkehrsministeriums, Post, Telegraph und Eisenbahnen muß den Befehlen der Besatzungsmächte folgen, soweit diese zu militärischen Zwecken erteilt werden. In den Rechtsfragen sind Zugeständnisse gemacht, die zum Teil der Bedeutung nicht entsprechen. Die Liquidierung des deutschen Privatvermögens im feindlichen Ausland soll nur so weit Platz greifen, als sich dieses Eigentum bei Friedensschluß bereits im feindlichen Auslande befindet. Auch ist das Liquidierungsverfahren in den an Polen und Dänemark abzutretenden Gebieten zugunsten der deutschen Berechtigten geändert, ferner die Liebeslegationsfrist, die sich die Alliierten für die Einführung des Clearingverfahrens vorbehalten haben, von 6 auf einen Monat herabgesetzt. Auch in der Behandlung des gewerblichen Schutzes sind Zugeständnisse ähnlicher Art gemacht. — In den Verkehrsfragen beschränken sich die Zugeständnisse darauf, daß Deutschland in der Kommission statt eines Vertreters deren drei erhalten soll, daß es sich an den Beratungen der Kommission für Ausarbeitung einer neuen Donau-Schiffahrtssatzung beteiligen darf, jedoch ohne Stimmrecht. Beim Bau des Rhein-Donau-Schiffahrtsweges soll und nicht mehr einseitig vorgeschrieben werden, was zu bauen ist. Auch ist die früher vorgesehene Möglichkeit, den Rhein Kanal einer internationalen Kommission zu unterstellen, fallen gelassen worden. Endlich ist die Verpflichtung Deutschlands zum Bau neuer Eisenbahnen erheblich eingeschränkt worden. Die sofortige Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen war schon erst zugestanden, aber unter Vorbehalt, auch die wegen gewisser Straftaten in Ost befindlichen Gefangenen freizulassen, wird abgelehnt. — In den Militärfragen wird das Zugeständnis gemacht, daß wir zunächst drei Monate lang 200 000 Mann behalten dürfen. Dann soll eine internationalisierte Kommission zusammenzutreten und prüfen, was wie die nächsten drei Monate nötig haben, und das soll bis zum Endpunkt des 31. März 1920 so fortgesetzt werden. An diesem Termin muß die Mindestgrenze von 100 000 Mann spätestens erreicht sein. Befestigten wird

darin, daß wir uns die innere Organisation und Beschaffung eines Verfassungsausschusses beschreiben lassen müssen. Es soll damit der Anfang der allgemeinen Abrüstung gemacht werden. Aber irgendeine Forderung, auch eine Forderung für die Abschaffung der allgemeinen Dienstpflicht in den übrigen Ländern ist nicht zu stellen. — In Bezug auf die Abweisung des früheren deutschen Kaisers und die Auslieferung der deutschen politischen und militärischen Führer wird lediglich das Jugehäubnis gemacht, daß uns die Bitte der Verlierer, die der französischen Gerichtsbarkeit ausgeliefert werden sollen, innerhalb eines Monats mitgeteilt werden wird. Über das Arbeiterrecht wird nur gesagt, daß kein Anlaß vorliegt, diese ganze Frage nochmals aufzunehmen.

**Meinungsverschiedenheiten in Weimar.**

Dem Vormarsch wird unter dem 18. Juni aus Weimar berichtet: Das Kabinett hat um 4 Uhr nachmittags seine Beratungen wieder aufgenommen, da diese noch nicht abgeschlossen sind. In der Nacht dürfte die Entscheidung fallen. Doch ist es keineswegs klar, daß sie sofort publiziert werden wird. Denn sobald das Kabinett seine Stellung genommen, wird es sich darum handeln, zwischen ihm und der Mehrheit der Nationalversammlung die notwendige Übereinstimmung zu sichern. Wäre eine solche nicht vorhanden, so müßte natürlich nach demokratisch-parlamentarischen Grundsätzen die Weimarer Nationalversammlung durchdringen und es wäre nötig, das Kabinett so umzubilden, daß es mit einer Mehrheit in der Nationalversammlung rechnen kann.

Wie sich die Nationalversammlung stellen wird, ist noch nicht ersichtlich. Anhänger wie Gegner der Unterzeichnung des Vertrages, beide mit voller Überzeugung, daß die Mehrheit ihre Ansicht teilt. Jedemfalls tragen diese zwei Seiten in ihrer Brust. In seiner Partei ist die Stellung völlig gespalten, selbst bei den Deutschnationalen sollen die Entschiedenheiten für Unterzeichnung sein.

Die sozialdemokratische Fraktion legte von 4 bis 7 Uhr abends. Die der Regierung angehörenden Parteigenossen waren in der Ratifizierung, und da man sie bei einer so wichtigen Entscheidung natürlich nicht ausschalten kann, bedurfte man sich auf eine unvermeidliche Aussprache. Die eigentliche Debatte und Abstimmung wird erst morgen erfolgen.

**Internierung aller weisensfähigen Deutschen.**

Nach gleichlautenden Nachrichten aus dem besetzten Gebiet wurden dort Anschläge verbreitet, wonach bei Ablehnung der Unterzeichnung des Friedensvertrages und der darauf erfolgenden Befehle weiterer deutscher Gebietsstelle alle weisensfähigen männlichen Deutschen zwischen 17 und 45 Jahren interniert würden.

**Eine Rückfrage in Paris.**

Paris, 18. Juni. Wie von zuständiger Seite bekannt, sind zwischen der Deutschnheit und dem verdrängten Vertrag gewisse Differenzen. Es sollen unter den Verbesserungen gewisse Bestimmungen, die teils in der Denkschrift vorhanden sind oder auf die hingewiesen wird. Es wird also notwendig sein, hierüber nach Versailles Rückfragen zu richten. Ferner wird es aus diesem Grunde erforderlich sein, in Versailles die kritische Frage zu stellen, ob die Denkschrift in ihrem Gesamthalt bindendes Recht sein soll für den Fall, daß eine Annahme erfolgen sollte.

**Die Stellung der Deutschen Volkspartei.**

Weimar, 18. Juni. Wie die Nationalliberale Korrespondenz mitteilt, hat die Fraktion der Deutschen Volkspartei einmütig beschlossen, den Friedensvertrag auch in seiner heutigen Gestalt in voller Übereinstimmung mit der bisher in der Friedensfrage eingenommenen Haltung abzuzeichnen.

**Keine allgemeine Abrüstung.**

Der Berliner Sozialistengrupp meldet aus Karlsruhe: Der Pariser Vertreter der Arbeiter Nationalzeitung telegraphiert: Der Vierzertler hat jedoch den Völkervertrag nicht als Abschaffung der obligatorischen Dienstpflicht in allen Staaten und die Forderung der allgemeinen Abrüstung einmütig abgelehnt.

**Die Ententepresse.**

Amsterdam, 18. Juni. Die veröffentlichte Mantelnote Clemenceaus an den Grafen Brodorff-Rangau findet in der englischen Presse eine günstige Aufnahme. Der Triumph über den unterlegenen Gegner kommt fast unbeschadet zum Ausdruck. Die Opposition ist schwach und gibt den Deutschen den Rat, zu unterzeichnen, und verdrückt sie auf die Zukunft. Die Times finden den Ton der Note würdig und sind auch mit dem Inhalt einverstanden, obwohl sie die den Deutschen gemachten Zugeständnisse bemängeln. Daily Mail drückt ihre Verwunderung aus, daß die Antwort so spät überreicht worden ist und folgert, der in der Mantelnote zum Ausdruck gekommene Geist muß auch die Männer der verbündeten Mächte befehlen. Auch die Morningpost stellt sich auf den Standpunkt, daß die Alliierten bereits vor Monaten mit den Deutschen so hätten sprechen müssen, wie sie es jetzt tun. Nach der Evening Sun werde das Dokument dem Sophismen-Gewebe ein Ende machen, in dem die Deutschen die geschäftsbüchlichen Mächte hinter das Licht führen wollen. Evening Sun erklärt sich von dem aufgezählten Schreiben Clemenceaus für befriedigt. Daily Mail Gazette bezeichnet die Antwort der Alliierten als eine Niederlage des Grafen Brodorff-Rangau. Trotz allen Versicherungen der deutschen Botschafter werde die Gerechtigkeit ihren Lauf nehmen. Von oppositionellen Blättern schreiben die Daily News, in ihrem Wesen behalten die Friedensbedingungen ihre ursprüngliche Form. Die Zeit für mündige Kritik ist vorbei. Den nächsten Schritt muß nun Deutschland tun. Wie sind überzeugt, daß den Interessen Deutschlands durch die Unterzeichnung am besten gedient ist. Das Unrecht der jetzigen Zeit wird durch die Macht der Ereignisse wieder gut gemacht werden.

Verlaßes, 18. Juni. Die Antwort der Alliierten steht natürlich im Vordergrund des Interesses der Abendblätter, die gleich der Morgenpresse den Wortlaut des Begleitbriefes und eine Inhaltsangabe der Denkschrift der Alliierten veröffentlichten. Nationalistische Blätter wie Liberale und Intelligenzblätter bedauern, daß die Alliierten Zugeständnisse gemacht haben, und verurteilen, Deutschland zu beweisen, daß es unbedingt unterzeichnen müsse. — Der Temps schreibt, daß die Zugeständnisse wirtschaftlicher und finanzieller Art sowie das Zugeständnis betreffend die Zulassung Deutschlands zum Völkervertrag wichtiger und wertvoller seien als die territorialen und militärischen Zugeständnisse. Welches auch die Verdienste oder Nachteile einer solchen Politik sein mögen, man könne sie nur dann verteidigen, wenn sie als Gegengewicht den absoluten Mängeln haben, Deutschland zur Unterzeichnung und zur Ausführung seiner Verpflichtungen zu zwingen. Die Versicherungen der sozialistischen Abendblätter sind in einem recht schäblichen Tone gehalten. — Voplatze schreibt, daß alle Anschuldigungen, welche man gegen den ursprünglichen Entwurf erheben könnte, auch gegen den abgeänderten Entwurf aufrechterhalten werden müßten. Statt eines Verdrängungsvertrages habe man einen Frieden der Graue und Rache ausgehandelt, der neuen blutigen Kämpfen die Tür öffnet.

**Volksabstimmung?**

Der Vormarsch fordert jetzt, daß durch eine Volksabstimmung über die Frage der Unterzeichnung entschieden werde. Er schreibt dann:

Falls die Entente das Begehren, die Friedensentscheidung durch das deutsche Volk selbst fällen zu lassen, ablehnt und mit Gewalt die sofortige Entscheidung der Regierung verlangt, so kann es in Anbetracht der großen Gefahren, die unser Volk bedrohen, der schweren Gesundheitsbedingungen, die daraus für Millionen folgen müßten, der ungeheuren Präzessionskraft, die dadurch ausgedrückt würde, nur die Feinde zu unterzeichnen.

Selbst diejenigen von uns, die die Notwendigkeit einer schließlichen Unterzeichnung von der ersten Stunde an erkannt hatten, konnten und durften das nicht aussprechen, wenn wir die Verhandlungsmöglichkeit gewinnen wollten. In dieser Beziehung hat uns die Taktik der Unabhängigen unendlich geschadet, die ohne noch den Vertrag geküßt zu haben, bereits mit voller Zungenkraft „Unterzeichnen!“ brüllten. Einer ihrer Wortführer, Dr. Rudolf Weißfeld, hat in seiner Zeitschrift, „Anstandslos“, geschrieben, es hätte gar keinen Zweck, mit diesem Standpunkt hinter dem Berge zu halten, denn die Entente würde sich doch von ihren Friedensbedingungen kein Hilfsmittel abhandeln lassen. Die Tatsachen zeigen, daß Dr. Weißfeld und seine unabhängigen Bestimmungsgenossen gründlich auf dem Holzwege gewesen sind. Einige Verbesserungen, wie die Volksabstimmung in Oberschlesien, sind doch erzielt worden, und wahrscheinlich wäre es den deutschen Unterhändlern gelungen, noch weit mehr herauszuholen, wenn die Unabhängigen nicht mit ihrem Anmaßgeckerei der Entente ungemie in den Rücken gestärkt hätten. Die Unabhängigen haben gehandelt, wie ein Gewerkschaftsführer, der zu Beginn eines Tarifkampfes dem Unternehmer zuraunt: „Du brauchst nichts zu bewilligen, denn wir Arbeiter sind so schwach, daß wir doch alles unterzeichnen müssen.“

**Die Vorgänge in Erfurt.**

Die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung haben aus Anlaß der in Erfurt am Sonntag und Montag vorgekommenen Ereignisse einen Aufruf erlassen, in dem es heißt: In dieser Stunde erster Gefahr, in der sich die gesamte Kraft des Volkes gegen das von außen drohende Unheil richtet, müssen alle inneren Streitpunkte zurücktreten. Reichs- und Staatsregierung, die gemäß der Verfassung ihre Ämter führen, sind fest entschlossen, restlos ihre Pflicht zu erfüllen. Sie müssen aber auch von allen Volksgenossen fordern, durch Einigkeit und Besonnenheit ihnen die vor uns liegende gesamtdeutsche Aufgabe zu erleichtern. Wer sie dürfen nicht dulden, daß diese Zeit fürchterlicher Not, die auf Jahrzehnte hinaus das Schicksal von Volk und Reich entscheidet, ausgenutzt werden soll, um Verwirrung und Unruhen zu erregen und die Hand am Betriebe zu legen, ohne deren ordnungsgemäße ungehörte Fortführung unser Volk nicht leben und unsere Wirtschaft nicht wieder aufgerichtet werden kann. — Das ist in Erfurt geschehen, wo unter dem falschen aber sehr durchsichtigen Vorzeichen einer Demokratisierung der Verwaltung Beamte und Arbeiter und zwar sogar ohne zuvor mit den zuständigen Stellen zu verhandeln und ohne die angeleglichen Schuldigen anzuhören, obere Beamte der Eisenbahndirektion eigenmächtig ihres Amtes enthoben und deren Stellen durch andere Personen widerrechtlich besetzt haben. Die Regierungen haben auch unter Zustimmung der Volksvertretung den Beamten, die sich in den Dienst des Volksgenossen stellen, die wohlerworbenen Rechte gemäßleistet und werden nicht dulden, daß solche Rechte mit Füßen getreten werden. Gegen Willkürakte, wie sie in Erfurt vorgekommen sind, entschlossen einzuschreiten, ist eine Staatsnotwendigkeit, der sich beide Regierungen nicht entziehen werden. Demgemäß sind die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet. Sie werden unverzüglich zur Durchführung gebracht. Die Beamten und Arbeiter, die sich ihnen nicht ankommende Ämter angemahnt haben, sind aus diesen Stellen entfernt. Die geordnete Verwaltung ist wieder hergestellt.

Beamte und Arbeiter! Laßt euch nicht durch die Nebenarten weniger Drahtzieher irreführen, die ihre politischen Ziele nur sorglos verhehlen, aber doch offenkundig auch zu ihren eigenen Zwecken mißbrauchen wollen. Macht die Anschläge aufzuheben, indem ihr den Dienst aufrecht erhaltet, eure Reiben schließt, das Reich und euer Land in der Stunde ihrer höchsten Gefahrung schützen helft. Was ihr an berechtigten Beschwerden an zuständiger Stelle vordringen habt, sagt es frei und offen. Gerechtigkeit sollen allen werden. Treue um Treue.

**Erfurt, 18. Juni.**

Das Eisenbahndirektionsgebäude in Erfurt war durch Truppen des Landjägerkorps unter General Wälder auf Befehl der Reichsregierung besetzt, weil Beamte und Arbeiter der Eisenbahndirektion Erfurt eine willkürliche Demokratisierung durchführten, sowie den Eisenbahnpräsidenten und verdrängten Beamten ablegten. Die Truppen waren beauftragt, die alten Beamten wieder einzusetzen. Heute fanden Verhandlungen mit den Beamten, und Arbeiterverbänden statt, in deren Verlauf die Ablegung des neu eingesetzten und die Wiedereröffnung des alten Eisenbahnpräsidenten ausgesprochen wurde. Man beschloß, eine Kommission nach Weimar zu schicken, um mit der Regierung in Verhandlungen einzutreten. Im Laufe des Nachmittags kam es zu großen Menschenansammlungen. Die Menge nahm eine leidliche Haltung gegen die Truppen der Regierungstruppen ein. Da diese wiederholt und lästlich beleidigt und angegriffen wurden, machte Befehl gegeben werden, gegen die Menge mit blanker Waffe vorzugehen. Da einer Aufforderung nicht Folge geleistet wurde, gab die Regierungstruppen lediglich Schusschüsse ab. Verdrängte von einer großen Anzahl Toten und Verwundeten sind erlunden.

**Eine Erklärung Friedrich Adlers.**

In einer Volksversammlung des Wiener Arbeiterrates, die wegen der blutigen Ereignisse des vergangenen Sonntags abgehalten wurde, bezeichnete Friedrich Adler den militärischen Versuch als Versuch eines gewaltsamen Vorgehens zur Ausrufung der Räterepublik. Dies werde u. a. dadurch bewiesen, daß tausend ungarische Rotgardisten einmarschieren an der Grenze ständen. Adler nannte ferner die Summe von 100 000 Kronen, die für Auslieferung der sozialdemokratischen Staatssekretäre ausgesetzt seien. Diese Mitteilung Friedrich Adlers erfährt eine Ergänzung durch die Nachricht, daß auf den Kopf von Renner

und Seif je 500 000 Kronen von den ungarischen Volkswehr geboten werden. Inwiefern diese Meldung auf Wahrheit beruht, läßt sich nicht nachprüfen; ihre Wahrscheinlichkeit aber wird auf jeden Fall erhöht durch die Angaben, die Friedrich Adler in der Arbeiterratsversammlung gemacht hat.

**In einer vierten Note**

der deutschösterreichischen Friedenskonferenz werden der Entente ausführliche Darlegungen über die internationale Rechtsstellung Deutschösterreichs gegeben. „Nach dem Zusammenbruch“, heißt es in der Note, „gab es weder ein Österreich-Ungarn, noch ein Österreich, und die deutschösterreichische Republik, die erst nach Beendigung der Feindseligkeiten gegründet wurde, befindet sich niemals im Kriegszustand mit wem immer.“ Mit diesem Argument will sich die deutschösterreichische Regierung nun nicht etwa reinwaschen oder der bereits eingegangenen und ihr auferlegenen Verpflichtungen zu entledigen versuchen, sondern sie will der Entente lediglich die Grundlage zeigen, auf der sich ein gerechter Friede aufbauen muß.

Nachdem wir in Deutschland nunmehr wissen, woran wir sind, müssen wir schon aussprechen, daß wir auch nicht die geringste Hoffnung dafür aufbringen können, daß die Entente innere Einkehr hält. Es hat keinen Zweck, sich in Hoffnungen zu wiegen, die nicht realisiert werden. Wichtiger und wertvoller ist es, mit allen Mitteln auf einen endlichen Zusammenschluß der Bruderländer hinzuwirken und die erlahmten Kräfte für dieses Ziel aufs neue zu regen.

**Unter dem Schutze der Gerechtigkeit.**

Spital, 18. Juni. Die internationalisierte Kommission in Magerburg erklärte sich bereit, die Mager der Bevölkerung über die Gewaltakte der südslawischen Truppen zu prüfen und darauf zu achten, daß Vorformnisse, die den internationalen Rechtsgrundsätzen widersprechen, vermieden werden. Der Kommandant der italienischen Truppen traf hier ein, um mit der Mager Landesregierung verschiedene Fragen zu besprechen. Es wurde ein einverständliches Zusammenarbeiten vereinbart.

**Eine neue Räterepublik.**

Budapest, 18. Juni. Aus Oberjes wird die Ausrufung einer slowakischen Räterepublik gemeldet. Bei dem ungarischen Rätekongreß ist eine Begrüßungsbescheide der neuen Räterepublik eingetroffen. Die heutige Sitzung des ungarischen Volkskongresses wurde vom Präsidenten Volann unter förmlichem Beifall mit einer Begrüßung der slowakischen Räterepublik eröffnet.

**Verfiegen der Streifbewegung im Ausland**

Nach der Humanität hat der administrative Ausschuß der Konföderation générale du Travail und das Komitee der Arbeitergewerkschaften gestern abend beschlossen, die Bergleute in ihrer Streifbewegung zu unterstützen, sobald die streikenden Bergleute einen diesbezüglichen Antrag bei der Konföderation oder dem Komitee stellen werden. Die Streifbewegung ist heute im ganzen unbeeinträchtigt. Die Streifbewegung ist heute im ganzen unbeeinträchtigt. Die Streifbewegung ist heute im ganzen unbeeinträchtigt. Die Streifbewegung ist heute im ganzen unbeeinträchtigt.

Den italienischen Wäldern zufolge ist der Streif in Turin beigelegt. In Spezia herrscht seit einigen Tagen vollkommene Ruhe. Zu Livorno kam es dagegen anlässlich eines Unfalls in Bologna, wo es einige Verletzte, darunter mehrere Frauen, gab. Nach einer Weitermeldung aus Montreal ist der geplante Ausbruch der kanadischen Bahnarbeiter und Lohndienstleistungen, der sich aber ganz nahe erstrecken sollte, beerdigt worden.

**Streik in Mülhausen i. G.**

Verlaßes, 18. Juni. Den Pariser Abendblättern zufolge streiken alle südlichen Arbeiter von Mülhausen i. G., sogar Feuerwehrlöhner und Spitalangehörige. Sie verlangen Verbesserung ihrer Bezüge um 116 Prozent, während die Stadt 100 Prozent anbietet.

**Eisenbahnerstreik in Putzart.**

Putzart, 18. Juni. Eisenbahner und Elektricitätsarbeiter sind in den Ausbruch getreten. Die Ministerliste hat heute eingeleitet.

**Empfehlung an Herrn Clemenceau!**

Die unabhängige Parteileitung erklärt einen neuen Aufruf für die Unterzeichnung des Friedensvertrages. Das kann nach der bisherigen Haltung der Unabhängigen nicht weiter unternommen werden. Aber einigermaßen widerwärtig wirkt es, wie die Unabhängigen, die sich im voraus als deutsche Regierung von Ententegebunden fühlen, bei ihren neuen Herren um schon Weiter bitten. Zu den maßlosen Verschleissungen und unerhörten Beschimpfungen des deutschen Volkes im ersten Teil der Mantelnote weiß die unabhängige Freiheit nichts weiter zu bemerken, als folgendes:

Wichtig und hoch haben die Männer, die sich als Weltrichter fühlen, die Anklage formuliert. Schmerzlich müssen wir bekennen, daß viel von dem, was sie gegen die führenden Mächte haben sagen, viel sogar von dem, was sie gegen das deutsche Volk vorbringen, berechtigt und wahr ist.

Niemand wird von der Freiheit verlangen, daß sie die alten Mächte verteidigt. Doch sie aber auf Clemenceaus Angriff gegen das deutsche Volk nichts weiter zu entgegenen weiß, als es ist wahr und richtig, das bedeutet doch den Verrat der Seriosität und händischer Arieheret vor dem Entente-imperialismus.

**Deutsches Reich.**

**Lohnpfindung und Mieterrecht im Volkswirtschaftsausschuss.**

Der Ausschuß der Nationalversammlung für Volkswirtschaft sollte im Zusammenhang mit Petitionen über die Lohn- und Mietwirtschaft auch die Frage der Lohnpfindung





### Ergänzungsantrag zum Etat.

Der Volkstamm ist ein Ergänzungsantrag zum Staatshaushaltplan für die Jahre 1918 und 1919 zugegangen. Von den Einnahmen der allgemeinen Rentenverwaltung von 170.870 M. sind Ausgaben der Staatsbahnlinien in Höhe von 6.000.000 M. gegenüber. Gesamtministerium und Staatskanzlei betragen 77.448 M., davon Gehalt des Ministerpräsidenten 30.000 M. und 4000 M. Wohnungsentwässerung jährlich. Die Ausgaben des Ministeriums des Innern, des Arbeits- und Wirtschaftministeriums betragen 491.318 M. Auch hier sind die Ministergehälter jährlich mit 20.000 M. und 4000 M. Wohnungsentwässerung eingelegt. Der Nachrichtenstelle bei der Staatskanzlei steht die Regierung die Hoffnung aus, daß sie mit den angeforderten Mitteln so ausgestattet werden könne, wie es der Bedeutung der Presse und deren berechtigten Wünschen entspricht.

Die unvorhergesehenen Ausgaben im Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern macht sich eine Erhöhung des Jahresbetrags von 1299.304 auf 1783.304 M. nötig durch Gewährung eines Zafusses für Verbilligung von Auslandsreisefahrten, die dem Wirtschaftsministerium von der Reichsregierung zur Entlastung der Reichsregierung zugewiesen werden sind. Wendigt werden etwa 3000.000 M. gemeinschaftlich 1500.000 M. Die Preise der von der Reichsregierung zu gewöhnlichen Auslandsreisefahrten sind so hoch, daß sie von der mangelhaften Bevölkerung nicht getragen werden können. Der durchschnittliche Kleinverkaufspreis würde sich stellen auf 8,90 M., 8,40 M. und etwa 11 M. für das Hund. Die Sondergewinnung besteht aus Hinderfleisch, Hammelfleisch und Schweinefleisch. Bei dem außerordentlich ungenügenden allgemeinen Ernährungszustand wäre ein Verzicht auf die Sondergewinnung nicht zu verantworten, zumal die normale Fleischgewinnung gegenwärtig schon nicht mehr erreicht wird. Die Regierung vertritt den Standpunkt, daß die Bereitstellung der notwendigen Lebensmittel zu angemessenen Preisen Sache des Reichs ist und ist deshalb beim Reichsernährungsministerium mit den Anträgen, Mittel des Reichs zur Verfügung zu stellen, vorgegangen. Ohne Rücksicht auf den unklaren Ausgang des Kampfs hat das Angebot der Reichsregierung angenommen werden müssen, um die Lebensmittel, die Fleischversorgung zu verbessern, nicht zu verlieren. Eine Ausgabe des Reichs ohne Verbilligung würde das Nahrungsmittel lediglich einem beschränkten Kreis der Bevölkerung zulassen. Der voraussichtliche Gesamtaufwand ist noch nicht genau zu übersehen, da Preise und zu liefernde Sorten noch nicht vollkommen feststehen; aber voraussichtlich nach der Höhe jedoch die angeforderte Summe nicht übersteigen.

Der Volkstamm ist folgende Interpellation Hofmann und Genossen zugegangen: Was beabsichtigt die Staatsregierung zu tun, damit den Ortskolonialen in den Sommermonaten größere Mengen Hausbrandkohlen zugeführt werden?

### Sächsische Angelegenheiten.

#### Chrobakneiderei.

Wenn man eines Menschen guten Ruf verderben, die Ehre, die er bei seinen Mitbürgern genießt, zerstören will, so greift man zur Verleumdung. Mag sie später auch noch so laut und überzeugend vor aller Welt widerlegt werden, aliquid inquit manet, etwas bleibt doch immer hängen. Freilich, bei einer direkten unabweisbaren Klage läuft der Verleumder Gefahr, öffentlich als gemeiner Lügner gebrandmarkt, vielleicht gar der Gericht gezogen und als Ehrabschneider bestraft zu werden. Dem allen entgeht man, indem man die Verleumdung in Frageform kleidet; sein Ziel aber erreicht man doch. Denn diese Frage stellt sich auf dem Wege von Mund zu Mund bald in eine direkte Beschuldigung zu verwandeln. „Ist es wahr, daß Müller silberne Rüssel gestohlen hat?“ fragt der Erste den Zweiten. Dieser teilt dem Dritten mit: „Müller soll gestohlen haben!“ und der erzählt schon Jedermann: „Müller hat gestohlen.“

Ist es richtig, daß Staatsminister Schwarz in Verhüllten Verhandlungen über den Abschluß eines Sonderabkommens zwischen Sachsen und der Entente geführt hat? hängen die Deutschnationalen in der Volkstamm, und sie wissen, daß das Wort in dem ganzen Freistaat und darüber hinaus gehört wird. Nun hat die Regierung hundertmal und deutlich erklärt, daß sie dem Reichsgedanken unüberbrückliche Kreuze wahre, daß sie keine Außenpolitik auf eigene Faust treibe. Das dürfte auch der deutschnationalen Kammerfraktion bekannt sein. Und dennoch fragt sie, nicht um der Antwort willen; die weiß sie im voraus, sondern um den Staatsminister Schwarz und in diesem einen Mittelglied die ganze

den Deutschnationalen natürlich in tiefer Seele verhaßte sozialistische Regierung zu verleumben. Aliquid somper haeret. — Die Art der Köpfe, mit denen die deutschnationale Partei sich kennzeichnet ihre Ohnmacht, zugleich aber auch ihre Gefinnung. Man sieht, die äußerste Rechte und die äußerste Linke berühren sich auch hier. Nicht allein der Kampf selber gegen die Kräfte, denen das Volk in schwerer Zeit die Lenkung des Staatsschiffes anvertraute, verbindet die Deutschnationalen und die Unabhängigen, auch die skrupellose Wahl niedriger Mittel zur Führung dieses Kampfes macht die beiden Parteien zu würdigen Spießgläsern.

#### Agrarier bleibt Agrarier!

Im Bezirk Reichen war eine größere Anzahl Landarbeiter im Streik. Bei den Verhandlungen wurde unter Mitwirkung des Amtshauptmanns in Reichen vereinbart, daß Männer einen Stundenlohn von 70 Pf., Frauen 40 Pf. unter Beibehaltung der bisher schon erfolgten Abzüge auf gewährte Deputate erhalten sollten. Um den Lohn nicht zu zahlen, setzte man neue Deputatabsätze ein, ohne solche den Arbeitern zu gewähren. So werden einfach abgezogen für ein Schwein gegen 7 M., für Kartoffeln 3,50 M. die Woche. Der Abzug für ein Schwein macht auf Jahr 330 bis 350 M. aus. Das man gar nicht daran denkt, das Schwein zu liefern, geht aus dem Nachtrag hervor, wonach bei Wiederverlieferung 270 M. zurückgezahlt werden, also 60 bis 80 M. weniger als vorher abgezogen worden sind. Kartoffeln werden jetzt auch nicht geliefert, aber ganz unverfroren zieht man vom Lohn ab. Und dann wundern sich die Herrschaften, wenn die Arbeiterkraft die Schuld verliert!

#### Die Lage der sächsischen Textilindustrie.

Wie wir erfahren, wird sich die sächsische Textilindustrie voraussichtlich auf lange Zeit in einer ungenügenden Lage befinden wegen der hohen Baumwollpreise, der stark gestiegenen Preise für die sonstigen Stoffe, vor allem wegen der schlechten Belieferung der Spinnereien, Webereien, Appreturanstalten usw. mit Kohle und nicht zuletzt wegen der hohen Lohnpreise. Dagegen wird sich der Handel in einer besseren Lage befinden. Große Mengen fertiger Waren werden über die Grenze gebracht und verkauft werden, da ein Aufschwung nach Textilwaren zu erheblichen Preisen besteht. In ähnlicher Lage wie die sächsische, befindet sich übrigens die ganze deutsche Textilindustrie.

#### Hebammenverordnung für Sachsen.

Bei der Regierung ist gegenwärtig ein Gesetz in Vorbereitung, das eine bessere wirtschaftliche Stellung, die Sicherstellung einer erhöhten Pension und die geistige Hebung des Hebammenstandes bezweckt. Der Hebammenberuf wird nach diesem eine freie Berufstätigkeit bleiben. Von einer Ernennung der Hebammen zu Beamtinnen wird Abstand genommen. Neben dieser Gesetzgebung ist die Regierung mit einer Hebammenverordnung beschäftigt, wie dies vor einiger Zeit vom Reich angeregt worden ist, damit das Hebammenwesen im ganzen Reich nach einheitlichen Grundsätzen geregelt wird.

#### Kriegsgefangenen- und Vermisstenlösung.

(M) Alle Besuche in Gehalts- und Löhnungsangelegenheiten Kriegsgefangener oder verminderter Kriegsteilnehmer sind an die nächsten Generalkommandos zu richten, die für sofortige Weitergabe an die zuständigen Stellen Sorge tragen. Unmittelbare Eingaben von Anträgen an das Ministerium für Militärwesen sind zu unterlassen, da dadurch nur Verzögerungen eintreten.

#### Die Zusammensetzung der Freiwilligenverbände.

(M) Die Unabhängige Sozialdemokratie behauptet, die Regierung habe die Sicherheitsstruppen aufgelöst, weil sich unter ihnen zu viel Arbeiter befinden hätten. Richtig ist, was den letzten Punkt anlangt, das Gegenteil. Die Regierung legt gerade das größte Gewicht darauf, daß sich recht viele Arbeiter, und besonders recht viele organisierte Arbeiter, zur Fleischwehr und zu den Grenzschutzstruppen melden. Die Aufstellungen von Sicherheitsstruppen haben aus verschiedenen Gründen erfolgen müssen. Vor allem, um sie nach und nach gemäß den reichsgesetzlichen Bestimmungen über die Reichswehr umzuformieren. In einigen Fällen auch weil aus finanziellen Gründen in einzelnen Garnisonen die Truppenzahl hätte verringert werden müssen. Von Grenzschutzstruppen ist lediglich einmal eine einzige Kompanie der schon während des Krieges an der böhmischen Grenze stehenden Polizeitruppen, aufgelöst worden, und zwar feindschaftslos, weil in ihr zu viel Arbeiter gewesen wären. Was die Studenten anlangt,

so ist, genau wie an alle andern Volksteile, auch an sie die Kampfordernung zugegangen, in die Freiwilligenverbände einzutreten.

#### Auskunftserteilung über Entlassungsanträge.

(M) Mündliche oder schriftliche Anfragen über Entlassungsanträge, Klagen über unvollständige Ausführung mit Entlassungsanträgen usw. sind nicht an das Ministerium für Militärwesen oder an die Generalkommandos, sondern an das zuständige Bezirkskommando zu richten. Beschwerden über die Beantwortung der Klagen durch das Bezirkskommando sind beim zuständigen Generalkommando schriftlich anzubringen. Das Ministerium für Militärwesen und die Generalkommandos können Anfragen, Besuche und Klagen über Entlassungsanträge von jetzt an nicht mehr beantworten.

#### Die Unterbringung der Kriegsgefangenen.

(M) Das Durchgangslokal für zurückkehrende deutsche Kriegsgefangene in Grotzsch bei Jittkau kann gleichzeitig 200 Offiziere und 2000 Mann aufnehmen und ist in erster Linie zur Aufnahme sächsischer Kriegsangehöriger bestimmt. Falls Teile dieser geflohenen nach Deutschland geführt werden, können sie es über Jittkau eintrickende Transporte aufnehmen und die ehemaligen Gefangenen, die allein ihren Weg in die Heimat gefunden haben. Die Verpflegung der ehemaligen Gefangenen ist durch die Militärbehörde sichergestellt.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Der seit Sonnabend über Dresden verhängte verschärfte Belagerungsstand wurde durch Verlängerung der Luft, heute bis 11 Uhr erleichtert. Eine Abordnung des Sozialdemokratischen Vereins ist nach Dresden gefahren, um bei der Regierung die Freilassung der verhafteten Genossen und die Zurückziehung des Militärs zu erwirken. — In Kirchberg legten die Arbeiter der Firma A. B. Wolf sen. wegen der Ernährungsnotlage die Arbeit nieder und zogen demonstrierend vor das Rathaus. Ein Ausschuss soll sich beschwerend an die Amtshauptmannschaft wenden. Die Arbeit wurde am gleichen Tage wieder aufgenommen. — Der Finanzausschuss B. beschäftigt heute das Straßwerk in Dresden, für das bekanntlich namhafte Anforderungen im Nachtragsverbot gestellt wurden. — Die Stadt Chemnitz erhielt von der englischen Gesellschaft der Freunde eine nützliche Spende landwirtschaftlicher Maschinen, wie Pflüge, Mähmaschinen usw. Die Stadtdirektion hat den Verein für den Ankauf dieser Maschinen übernommen. — In Wernitz legten in der letzten Nacht die unbefriedigten Stadträte ihre Klagen nieder, erklärten sich aber bereit, bis zur Kenntnis des neuen Staatsregimes ihre Klagen weiterzuführen. — Beim Schiffschiffen der 8. Batterie des Grenzgänger-Regts. Nr. 2 in Wiesa ereignete sich dadurch ein Unglücksfall, daß ein Geschoss im Jahre freiprallte. Bei dem Vorfall wurden zwei Mann schwer und ein Mann leicht verwundet. — Die Arbeitergemeinschaft der Wetzlarer Holzwerke hat sich für die Weidewaltung der Feinholzer an die Waldhausangehörigen ausgesprochen, da die Holzwerke nicht in der Lage seien, die neuen Tarifforderungen der Arbeiter zu bewilligen.

### Stadt-Chronik.

#### Die letzte Rettung.

Es haben Glück und Ruh ihr Rest  
Im Grunde grüner Forsten;  
Die Krabben sieht man im Gieß  
Der hohen Klauern horsten.

Der Spöck sucht sich ein Nistloch flugs,  
Benutzt es dann als Stube;  
Im Walde wählen Dach und Fuchs  
Sich selber ihre Grube.

Die Spinne webt, wie's ihr beliebt,  
Geschäftig ihre Netze —  
Nur zum, für jedes Wesen gibt  
Im Wald es Siedelplätze. —

O Mensch, der du ein Obdach suchst  
Im Dresdner Häusermeer,  
Entnimmt, statt daß du tobt und suchst,  
Aus obigem die Lehre:

Will in der Stadt kein Glück dir blühen,  
Bekommt Du keine Wohnung,  
So zieh hinaus zu Mutter Grün  
In eine Lammenschonung.

Von der Natur wird niemals dir  
Die Unterkunft verweigert,  
Und fandest du einmal Quartier,  
Wirst du auch nie gesteuert.

Peter Rißel

### Professor Unrat.

Roman von Heinrich Mann.

Lohmann, Graf Ergum und Kieselad spazierten hintereinander um den Saal. Wie sie unter der Bühne vorbeikamen, ließ Kieselad einen schnellen Witz aus.  
„Aus Profuff!“ kommandierte er; und sie drückten sich in die Reihstuhlgarderobe. Die dicke Frau flüster irgend etwas.  
„Wu?“ fragte sie. „Wo haben Sie denn gesteckt, meine Herren? Ihr Lehrer hat uns Gesellschaft geleistet.“  
„Mit dem verfahren wie nicht,“ erklärte Lohmann.  
„Er ist aber ein feingebildeter Mann und ganz leicht um den Finger zu windeln.“  
„Wohin Sie!“  
„O, ich nicht, meine Herren, Sie wollen gewiß ugen. Aber ich weiß jemand.“  
Lohmann sagte von hinten, vom Toiletentisch her, neben dem er, die Hände in den Hosentaschen, auf einem Stuhl lag: „Kieselad, du Frechhoh, bist entschieden zu weit gegangen mit Unrat. Was brauchst du ihn noch zu relagen, wie er hier rausgekommen ist. Er ist ja auch nur ein Mensch, und über seine Kräfte muß man ihm keine Gemeinheiten zumuten. Reht kann er uns Stank machen.“  
„Ach werd' ihm!“ drohte Kieselad.  
Von Ergum sah in der Mitte, mit den Ellbogen auf dem Tisch; er knurrte nur, und sein blondrotes Gesicht unter einer Kruppe roter Vorhänge, die die Hängelampe bestrahlte, blieb unverändert nach der Tür gerichtet. Pöhllich schlug er auf dem Tisch.  
„Wißt noch ein einziger mal soll sich dieses Vieh hier bilden lassen, und ich dreh' ihm alle Knochen entzwei!“  
„Rein!“ sagte Kieselad. „Dann kann er uns den Pfaffenwaffel nicht wiedergeben. Weiner W ja doch lauter Unrat.“  
Lohmann sah lächelnd zu.  
„Die Krone scheint dich wirklich unterzukriegen. Ergum. Solche Töne findet nur wahre Liebe.“  
Und da demüßig der Applaus hervorbrachte, und die Tür aufging:

„Gnädiges Fräulein, man ist bereit, für Sie zum Wieder zu werden.“

„Ihre saulen Redensarten können Sie sich sparen,“ erwiderte sie ungenüßig. „Ich hab' mit Ihrem Lehrer über Sie gesprochen, der ist auch nicht gerade begeistert von Ihnen.“

„Was will denn der alte Hammel?“

„Hoffen will er Sie und Lust aus Ihnen machen, sonst nichts!“

„Fräulein Rosa,“ stammelte von Ergum; er hatte, seit sie im Zimmer war, einen demütigen Blick und einen Blick der Heide.

„Mit Ihnen ist auch nicht los,“ erklärte sie ihm.

„Das einfache war' doch wohl gewesen, Sie wären im Saal geblieben und hätten anständig geknastet. Da sind gewisse Maßregeln, die wollen mich ändern.“

Von Ergum stiegte vor.

„Wo sind die Kerls! Wo sind die Kerls!“

„Sie hocke ihn zurück.“

„Sein Sie so gut! Machen Sie Krach! Dann flieg' ich noch heut' abend hier raus. Können Sie mir vielleicht Ihr Palais zur Verfügung stellen, Herr Graf?“

„Sie sind ungerade, gnädiges Fräulein,“ sagte Lohmann. „Er ist erst heute wieder Abreise wegen bei seinem Vormund, Konrad Brechtel, geblieben. Aber dieser Bürger hat keinen Sinn für die große Leidenschaft, er gibt kein Geld her. Ergum möchte Ihnen, soviel an ihm liegt, alles zu tun. Können Sie seinen Namen, eine glänzende Zukunft, ein Vermögen. Er ist wohl Gott von hinreichend einfachem Geiste, um das zu tun. Darum gerade, gnädiges Fräulein, wäre es unredlich von Ihnen, wenn Sie keine so sympathische Einfachheit mißbrauchen wollten. Schonen Sie ihn!“

„Ich werd' wohl allein wissen, was ich zu tun hab',“ Sie wälzte... Und wenn Ihr Freund keine solche Schmeichelei hat wie Sie, denn hat er darum bloß noch mehr Aussicht, daß er bei mir —“

„Das Meß der Masse erreicht,“ ergänzte Kieselad.

„Sie kenn' ich, Sie sind einer von den Belmischen,“ und sie trat Lohmann näher. „Hier tun Sie, als ob die Welt Sie kalt ließe, und hinterhältig bedachten Sie einen in duediger Weise.“

Lohmann lachte verlegen.

„Sie sind überhaupt der letzte, dem ich 'n irgendwie triftigen Grund geben werd' zu der Annahme, ich komm' in die Wochen kommen. Versuchen Sie mich,“ Der letzte.“

„Also gut, Der letzte. Ich warte so lange,“ sagte Lohmann gelangweilt; und indes sie ihm den Rücken drehte, dachte er die Worte von sich und richtete das Gesicht gegen die Decke. Er sah hier ja ohne persönliches Interesse und nur als ironischer Zuschauer. Ihm konnte doch die Person gleich sein. Um sein, Lohmanns Herz stand es wahrscheinlich viel zu ernst, viel ernster, als man je erfahren würde... Er machte sich einen Panzer aus Spott...

Das Knarren hatte sich ausgedehnt.

„Rosa, Ihr Lieblingswalzer!“ sagte die dicke Frau.

„Wer will tanzen?“ fragte Rosa. Sie wälzte schon, und sie lächelte von Ergum zu. Aber Kieselad kam dem breiten Hüfter zuvor. Er legte Hand an Rosa, wie zu einem Gassenjungenreich, drehte sie heimlich lächelnd herum und schielte plötzlich ganz weit aus. Sie fiel fast hin. Dabei streifte er ihr die Junge aus und kniff sie von allen umgeben, auf der Rückseite. Sie erschrak und sagte ängstlich und ärtlich:

„Wenn du Gef' das noch mal tust, sag' ich es ihm, und er verhaut dich.“

„Das laß bleiben!“ rief Kieselad ihr wispernd. „Sonst sag' ich ihm auch was.“

Sie lachten, ohne die Klagen zu berziehen. Von Ergum sah ihnen zu, verführten Blicks, das blondrote Gesicht voller Schmelztropfen.

Anschließend hatte Lohmann die dicke Frau aufgefordert. Rosa ließ Kieselad stehen und sah Lohmann zu, der gut tanzte. Die dicke Frau ward unter seinen Händen ganz leicht. Als es ihm genug schien, verbeugte er sich gnädig und forzte, ohne Rosa zu bemerken, an seinen Platz zurück. So folgte ihm.

Tanzen kann man meinsteigen mit Ihnen. Wenn Sie auch sonst zu nicht zu brauchen sind.“

Er suchte die Achseln, drückte seine Gleichgültigkeit nach durch einen der schamlossten Follensprüche seines Gesichts aus und erhob sich. Sie wälzte lange, schmelzgerig und hin gegeben.

Die fünfundsanzwiger-Karten.

Nach der arbeitslosen Bevölkerung des Straßenbahntarifs... Die Karte ist also in einer Woche erledigt...

Meuring's Mörder ermittelt.

Der Mörder des Minsters Meuring ist nunmehr einwandfrei festgestellt. Es ist der Patrouille Gottlieb...

Ein Diebstahl und seine Fehler.

Die auffallendsten Diebstahlsfälle im Monat November... Die Diebstahlsfälle sind in allen den zahlreichen Fällen auf gleiche Art ausgeführt worden...

Bei der Vernehmung des Angeklagten... Die Angeklagte in der Anklagebank... Die Angeklagte wurde erst am nächsten Tage befragt...

„Haben Sie genug?“ fragte er endlich höflich. Und als sie erwiderte: „Nun, dann —“ „Hab' ich 'nen Durst!“ rief sie, außer Atem...

„Nanu.“ machte Rosa. Und nach einem Augenblick, während dessen sie ihn beurteilt hatte: „Mein Zuckerschmelz liegt unten im Tisch...“

„So ist schön, mein Hundchen.“ „Fabelhaft.“ bemerkte Rohmann. (Fortsetzung folgt.)

hännt; wegen gewerbmäßiger Diebstahl erlitten Paul Richter ein Jahr neun Monate... Die verurteilten Richter wurden wegen einfacher Diebstahl zu sechs und fünf Monaten Gefängnis verurteilt...

Für 105 000 Mark Tabak gestohlen.

In der Wohnung des schon vorbestraften 33jährigen Kraftwagenführers Otto Wag Rathens in der Leipziger Straße... Die Angeklagten wurden wegen Diebstahl von Tabak zu Gefängnis verurteilt...

Verbrechen gegen das feimende Leben.

Auf Wohnabteilung Leute die Enklage gegen die 30jährige Rosette Quide... Die Angeklagte wurde wegen Verbrechen gegen das feimende Leben verurteilt...

Die Unterernährung der Kinder in Dresden. Eine Kommission von bänischen roten Kreuz... Die Kommission hat festgestellt, dass die Unterernährung der Kinder in Dresden ein ernstes Problem ist...

Für den Kampf. In der nächsten Woche (23. bis 29. Juni) wird an Stelle der laufenden Fleischversorgung... Die Fleischversorgung wird durch den Kampf für den Kampf sichergestellt...

„Autofahrer!“ Vom Rohlenamt wird geschrieben: Mit Verdruss wird neuerdings darüber geklagt, daß Rohlenhändler... Die Rohlenhändler werden aufgefordert, die Preise zu senken...

Schwierigkeiten bei der Vereinfachung des bänischen Volkswesens. Der Rat muß von der Weiterentwicklung des Antrags... Die Vereinfachung des Volkswesens wird durch den Rat durchgeführt...

Die Wohlfahrtsstellenbeamten haben an den Rat zu Dresden... Die Wohlfahrtsstellenbeamten werden durch den Rat unterstützt...

Zur Fürsorge für die heimkehrenden Kriegserkrankten hat der Rat ein Verordnungsheft von 30 000 M... Die Fürsorge für die Kriegserkrankten wird durch den Rat sichergestellt...

Arbeiterpartei. Die Arbeiterparteien und hat zu dem am Sonntag stattfindenden Arbeiterpartei... Die Arbeiterpartei wird durch den Rat unterstützt...

Der Reichsbund der Kriegswitwen, Kriegsteilnehmer und Kriegsinvaliden... Die Kriegswitwen werden durch den Rat unterstützt...

Richtigstellung. Der Handlungsgehilfe Gerhard Scholz... Die Richtigstellung wird durch den Rat durchgeführt...

Verurteilte Richter. Durch ausdrückliche Gabe... Die Richter werden wegen Verbrechen verurteilt...

Aus dem Dresdner Partelleben.

Änderungskommission Dresden. Die Sitzung, die für Freitag angelegt ist, fällt aus. Bezirks-Trechnerberg. Freitag abend, pünktlich 8 Uhr... Die Sitzung wird verschoben...

Gewerkschaftsbewegung.

Der Stadtrat und seine Hilfskräfte. Am 11. Juni hielt die Hilfskräfte des Stadtrats eine öffentliche Versammlung... Die Hilfskräfte werden durch den Stadtrat unterstützt...

Die untergegangenen zahlreichen schriftlichen und mündlichen Anträge... Die Anträge werden durch den Stadtrat bearbeitet...

Da wir uns hiermit nicht einverstanden erklären... Die Erklärung wird durch den Stadtrat abgegeben...

Stadtrat und Tarifvertrag.

Die beim Rat zu Dresden mit Tiefbauarbeiten beschäftigten Kraft- und Arbeiter... Die Tarifverträge werden durch den Rat abgeschlossen...

Die heute in der Zentralstelle versammelten Arbeiter... Die Arbeiter werden durch den Rat unterstützt...

Die Verammelten beauftragen den Deutschen Bauarbeiterverband... Die Verammelten werden durch den Rat unterstützt...

Die Verammelten beauftragen den Deutschen Bauarbeiterverband... Die Verammelten werden durch den Rat unterstützt...

Die Verammelten beauftragen den Deutschen Bauarbeiterverband... Die Verammelten werden durch den Rat unterstützt...

Die Verammelten beauftragen den Deutschen Bauarbeiterverband... Die Verammelten werden durch den Rat unterstützt...

Die Verammelten beauftragen den Deutschen Bauarbeiterverband... Die Verammelten werden durch den Rat unterstützt...

Die Verammelten beauftragen den Deutschen Bauarbeiterverband... Die Verammelten werden durch den Rat unterstützt...

Die Verammelten beauftragen den Deutschen Bauarbeiterverband... Die Verammelten werden durch den Rat unterstützt...

Die Verammelten beauftragen den Deutschen Bauarbeiterverband... Die Verammelten werden durch den Rat unterstützt...

Die Verammelten beauftragen den Deutschen Bauarbeiterverband... Die Verammelten werden durch den Rat unterstützt...

Die Verammelten beauftragen den Deutschen Bauarbeiterverband... Die Verammelten werden durch den Rat unterstützt...

Die Verammelten beauftragen den Deutschen Bauarbeiterverband... Die Verammelten werden durch den Rat unterstützt...

Die Verammelten beauftragen den Deutschen Bauarbeiterverband... Die Verammelten werden durch den Rat unterstützt...



